

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Abnehmern 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., jährlich 30 Mk., 15 Mk. für Postanweisung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Abbestellungen sind jederzeit möglich. Die Geschäftsstelle ist von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr besetzt. Die Redaktion ist von 9 bis 12 Uhr besetzt. Die Druckerei ist von 7 bis 12 Uhr besetzt. Die Geschäftsstelle ist von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr besetzt. Die Redaktion ist von 9 bis 12 Uhr besetzt. Die Druckerei ist von 7 bis 12 Uhr besetzt.

Angabe: Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10. Abbestellungen sind jederzeit möglich. Die Geschäftsstelle ist von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr besetzt. Die Redaktion ist von 9 bis 12 Uhr besetzt. Die Druckerei ist von 7 bis 12 Uhr besetzt.

Nr. 293. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, 18. Dezember 1925

Mosul.

Man weiß jetzt, warum sich kürzlich England und Frankreich nicht über das Vorgehen gegen die „aufständischen“ Syrer geeinigt haben, sondern darüber hinaus auch sich für Vorderasien innige Freundschaft schworen: der Völkerbundenscheid über das Mosul-Gebiet stand bevor. Nun ist er gefallen und bedeutet eine Überraschung nur für den, der in bläulichem Optimismus immer noch geglaubt hat, man werde in Genf endlich einmal das Recht auch der kleineren Nationen berücksichtigen.

England ist so freundlich, sein Mandat über das mesopotamische Zweifstromland gütigst noch weitere 25 Jahre Leihubehalten —, woran wohl schon deswegen niemand gezweifelt hat, weil so die Ausbeutung der Ölfelder zu der Grenze gegen Persien viel bequemer für England ist. Bekanntlich ist die Befestigung des kritischen Gebietes nördlich Mosuls ein Rechtsbruch gewesen, weil nach dem Waffenstillstand im Oktober 1918 die Engländer sich über die damals festgelegte Demarkationslinie einfach hinwegsetzten, bis sie im Besitz des ganzen Gebietes waren. „Hier bin ich und hier bleibe ich“, sagt zwar ein französisches Sprichwort; aber das gilt auch und galt immer als oberster Grundsatz englischer Politik. Wo der Engländer erst einmal sitzt, da bleibt er, da bringt ihn niemand heraus. England hat es außerdem — was die Situation noch verschärft — rundweg abgelehnt, vor der Fällung des Schiedspruches der Türkei irgendwelche wirtschafts- oder volkspolitischen Zusagen zu machen.

Das tolle Völkerrecht an jener Südoase Kleinasiens hat es den Engländern leicht gemacht, dort ein Feuerzeichen zu unterhalten, das nie zum Erlöschen zu kommen brauchte. Der neueste Trick war, die Türken als „Christenverfolger“ hinzustellen, weil die christliche Sekte der Nestorianer — die von den Engländern bewohnt wurde — sich in offenem Aufstand auch auf anerkannt türkischem Gebiet befand. Der Kurdenaufstand — gleichfalls englisches Werk — ist ja mißglückt, da die Türken schnell damit fertig wurden, obwohl ihnen die Franzosen den Truppentransport auf der Bagdadbahn verweigerten. Was wird nun die Türkei tun? Koch jüngst, bei der Parlamentsberatung, hat Kemal Pascha ausdrücklich erklärt, die Türkei werde nie einen Spruch anerkennen, der ihr das Vilajet Mosul nehme. Er hat dieses auch in Genf durch seine Delegation erklären lassen. Das in Marbela und in anderen dem umstrittenen Gebiet nahen Orten die Türken starke Streitkräfte zusammengezogen haben, ist bekannt. Also — Krieg? Ein türkisches Losbrechen in das Mosulgebiet hinein? Ist gar gar nicht ausgeschlossen. In jedes Türken Auge flammt der Haß auf, spricht oder hört er das Wort England. Das ist für ihn der Feind, der Verfolger, der Gegner, der die junge Türkei ebenjedenfalls zur Ruhe kommen läßt wie die alte des Sultans Abdul Hamid. Nur — einen Freund, einen offenen oder auch nur einen versteckten, wie es einst im Kampf gegen Griechenland Frankreich war, hat Kemal Pascha jetzt nicht mehr. Auf Sowjetrußland kann er nicht rechnen, denn zurzeit weilt der Volkskommissar für das Auswärtige, Tschitscherin, in Paris, um die russisch-französischen Beziehungen zu bereinigen. Auch die englische Politik den Sowjets gegenüber scheint vor einer Schwelung zu stehen im Sinne einer Annäherung.

Kemal Pascha steht sich also allein, ist nur auf die eigene Kraft angewiesen. Frankreich vermutet — wohl nicht ganz mit Unrecht —, daß wenigstens inoffiziell türkische Offiziere im syrischen Aufstand tätig sind. Kemal Pascha würde seinem Ansehen einen geradezu vernichtenden Schlag zufügen, würde er sich praktisch dem Schiedspruch unterwerfen, es bloß bei theoretischen Protestdemonstrationen belassen. Doch nicht nur ihm, sondern der ganzen Türkei würde die latentlose Hinnahme gewaltig schaden in den Augen des gesamten Islams. Vielmehr war das mit dem Spruch überhaupt beabsichtigt. Wird Kemal Pascha, auch wenn er das überaus Gefährliche eines aktiven Vorgehens erkennt, sein Volk überhaupt noch zurückhalten können?

Der Völkerbund war schimm Baran. Entschieden er gegen England, dann setzte er seine „Autorität“ hoffnungslos aufs Spiel. Jetzt und darum hat er gegen die Türkei entschieden und damit nur erreicht, daß sich wieder einmal tiefschwarze Kriegswolken über Vorderasien aufhängen.

Hessige Kämpfe bei Mudan.

Japanische Truppen in der Mandschurei. Neuer Bericht aus Schanghai, daß es etwa dreißig Meilen von Mudan zu heftigen Kämpfen zwischen Tschangtschun und Wüschingling gekommen sei. Von dem Ergebnis dieser Kämpfe werde wahrscheinlich das Schicksal Tschangtschuns abhängen. Die Erregung in Mudan ist außerordentlich groß, besonders unter den ausländischen Einwohnern ist eine Panik ausgebrochen.

Das Kriegsministerium in Tokio teilt mit, daß man angesichts der ersten Lage in der Mandschurei die japanische Garnison dort sofort verstärken müsse.

Die große Koalition gescheitert.

Die Sozialdemokraten lehnen ab.

Berlin, 16. Dezember. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der ersten Stunde ihre Beratungen beendet. Sie hat einen Beschluß gefaßt, der ausspricht, daß sie in dem Ergebnis der geführten Verhandlungen keine geeignete Grundlage für die Bildung der Großen Koalition erblickt. Der Beschluß wird morgen früh bei der auf 10 Uhr anberaumten Besprechung den beteiligten Fraktionsvertretern überreicht werden.

Bereits vor dem Bekanntwerden des sozialdemokratischen Beschlusses wurde die Lage als wenig aussichtsreich beurteilt. Ueber die Nachmittagsverhandlungen lauteten die Meldungen folgendermaßen:

Die Besprechungen des vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung betrauten Reichsministers a. D. Dr. Koch mit den Parteiführern gingen Mittwoch in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers Brauns weiter. Die Besprechungen erstreckten sich über die einzelnen Punkte des von Herrn Koch ausgearbeiteten Programms, über die er die Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien auszugleichen suchte. Er wurde schließlich beauftragt, eine neue Formulierung seiner Richtlinien vorzunehmen. Donnerstag wird Dr. Koch die Parteiführer zur weiteren Besprechung wieder versammeln. Namentlich des Zentrums soll Reichsminister a. D. Marx erklärt haben, seine Partei: siehe grundsätzlich auf dem Boden des Kochschen Programms. Schwierigkeiten bestehen noch in den Fragen der Sozialpolitik und der Erwerbslosenfürsorge. Auch die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung nehmen an den Beratungen teil.

Kochs bisherige Richtlinien.

Die Richtlinien, die der Abg. Koch den Parteiführern vorlegte, sollten im Wortlaut erst veröffentlicht werden, wenn ihre endgültige Formulierung feststeht. Da Dr. Koch für Donnerstag ein neues Programm vorlegen will, werden die bisherigen Richtlinien wohl Veränderungen erfahren. Schon jetzt kann aber mitgeteilt werden, daß die Richtlinien auf den politischen Bereich hinzielen, eine Lebensgrundlage des Vorkriegsstandes zu erreichen, und daß der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die Befestigung möglichst bald beseitigt wird. Weiter wird betont, daß ein Zusammenarbeiten der europäischen Länder notwendig ist, und daß eine Weltwirtschaftskonferenz geeignet sei, hier fördernd zu wirken.

Was die innerpolitischen Forderungen betrifft, so wird hervorgehoben, daß der Zolltarif kein Selbstzweck sei, sondern ein Instrument, um eine möglichst große Ausdehnung des deutschen Handels in der Welt zu erreichen. Ferner wird die Frage der Erledigung angeschnitten, die mehr als bisher gefördert werden müsse, besonders um den Inlandsmarkt zu stärken. Es wird die Notwendigkeit betont, daß die Wirtschaft rationalisiert werde. Um bei diesen Bemühungen zu einer höheren Wirtschaftlichkeit zu kommen, wird ein enger Zusammenarbeiten zwischen der Wirtschaft selber und der Reichsregierung sowie den Regierungen der Länder gefordert, damit sie sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Es wird dann die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Steuergesetze verlangt. Eine Reihe von Forderungen wird auf sozialpolitischem Gebiete gestellt. Die Besprechungen mit dem Arbeitsminister haben hier eine Grundlage gegeben. Im Arbeitsministerium liegt bereits ein Gesetzentwurf vor, der alle Arbeitszeitfragen zusammenfaßt (Kinderarbeit, Schutz der Frauarbeit, Sonntagsarbeit usw.). Hinsichtlich der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wird gesagt, daß sie gleichzeitig mit Frankreich, Belgien und England erfolgen sollte, damit eine gewisse Gegenseitigkeit der hauptsächlichsten Industrieländer gewährleistet wird.

Keine Putschgefahr in Bayern.

Das Selbstbestimmungsrecht des bayerischen Volkes. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held kam im Landtag im Verlaufe einer staatspolitischen Rede auf die Ausführungen sozialdemokratischer Redner über einen beabsichtigten Putsch für den Monarchismus in Bayern zu sprechen und erklärte, es bestehe das Wort des bayerischen Kronprinzen: „Nicht dynastische Interessen berühren mich, sondern die Wohlfahrt des Volkes ist für mich entscheidend.“ Für dieses Wort könne man dem Kronprinzen nur dankbar sein. Der Verband der Bayern treue bezwecke die Förderung der Idee der monarchistischen Staatsform in legaler Form und verfassungsmäßiger Weise. Es sei das gute Recht der Staatsbürger, die Idee einer anderen Verfassung zu vertreten. Es sei aber auch Pflicht der Bürger, solange die gesetzmäßige Verfassung besteht, diese anzuerkennen. Der Ministerpräsident wandte sich scharf gegen die

Kochs neuer Versuch.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 16. Dezember. Gegen 6 Uhr nachmittags hat der Abg. Koch seine neubearbeiteten Richtlinien den Führern der Fraktionen übergeben. In der Besprechung von heute mittag hatten einzelne Punkte des ursprünglichen Programms besonderen Anstoß erregt, so z. B. die von den Sozialdemokraten verlangte rückwirkende Kraft der gesetzlichen Regelung der Rentenabsicherung. Die Hauptschwierigkeit bereiteten aber einige von den Sozialdemokraten vollkommen neu formulierte Forderungen. Hier ist es wieder vor allem die Erwerbslosenfürsorge, in der die Gegensätze sehr groß sind. Der Abg. Koch will nun diese neuen sozialdemokratischen Forderungen ebenfalls umarbeiten und sie morgen nochmals zur Debatte stellen. Man erwartet allgemein, daß die morgigen gemeinsamen Beratungen die definitive Entscheidung bringen, glaubt aber nicht an einen positiven Ausgang der Bemühungen um die Große Koalition.

Endgültig gescheitert.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 17. Dezember. Die heute geführte Besprechung unter Vorsitz des Abgeordneten Koch (Demokrat) war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben: In der heute abgehaltenen Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Franken (Sozialdemokrat), folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß Abgeordneter Koch, dessen republikanisch-demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich aufs äußerste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, welche die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei annehmen könne. Selbst zu dem Programm des Abgeordneten Koch habe die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme vermieden. Die Fraktion kann in der Formulierung eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken. Das Zentrum erklärt, daß es sich auf dem Boden der Richtlinien gestellt habe. Die Deutsche Volkspartei erklärt, daß sie sich gleichfalls auf dem Boden der Richtlinien stellen könnte. Der deutsch-vollparteiliche Abgeordnete Reichert erklärt, daß sie von einer endgültigen Annahme absehen müssen. Der Abgeordnete Koch stellte darauf fest, daß die Versuche zur Bildung der Großen Koalition gescheitert seien. Er wird seinen Auftrag alsbald dem Reichspräsidenten zurückgeben.

Mordplan gegen Stresemann.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 17. Dezember. Gestern abend wurde in Berlin ein Attentatsplan bekannt, der gegen den Außenminister Dr. Stresemann gerichtet war. Ein Rechtsanwalt Kaldorf und ein gewisser Lorenz, angeblich Anhänger Hitlers, sind verhaftet worden. Beide haben in der Vernehmung auch zugestanden, daß ein solches Attentat beabsichtigt war. Wie an amtlichen Stellen verlautet, scheint jetzt schon festzustellen, daß der Attentatsplan gegen Stresemann über Vorbesprechungen nicht hinausgediehen ist. Irgeendwelche Beziehungen zwischen den Verhafteten und politischen Parteien sind nicht festgestellt worden. Da die weitere Aufklärung der Angelegenheit dem Untersuchungsrichter obliegt, können andere amtliche Stellen zunächst keine Mitteilung machen. Es muß daher eine amtliche Erklärung des Untersuchungsrichters abgewartet werden.

Haltung der Sozialdemokratie zur Verfassungsfrage und erklärte, schließlich habe doch das bayerische Volk darüber zu entscheiden, welche Staatsform es wünsche. (Lebhafte Unterbrechungen von den sozialdemokratischen Vätern.) Er sei stolz, ein Legitimist zu sein, er achte und respektiere aber die Gesetzgebung, solange sie zu Recht bestünde. Der Ministerpräsident erklärte weiter, er habe von Putschabsichten im Jahre 1924 nicht das geringste gehört und gespürt. 1923 habe man lediglich den Hitler-Putsch erlebt, und was vom Jahre 1925 gesagt wurde, so sehe er in diesem Gerücht nichts als den Niederschlag einer Gespenschercherei recht unberufener Vaterlandsreiter. Der Ministerpräsident erklärte auf das bestimmteste, daß er im Leuchtenbergpalais (Kronprinzenpalais) weder einen Besuch gemacht, noch von dort ein Handschreiben bekommen habe.